

Politische Zeitung

Denkmal

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtag nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitungsbilder“. Sonntags-Beilagen und Kurziken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage. Allgemeine Verlosungs-Tabelle. Wochenkursatell der Berliner Börse.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährl. 18,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tagl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 23½% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,50 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Annahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-24, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsblatts): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11.800, 11.801, 11.802 bis 11.810, sowie 15.230, 15.231, 15.232 bis 15.234

Das Ergebnis der Londoner Konferenz.

Ein amtlicher Schlussbericht.

Drahtmeldung

London, 14. Dezember. (D. Z. B.)

Ueber die Konferenz in Downing Street heißt es laut „Telegraaf“ in der amtlichen Grollitung: „Auf Einladung der britischen Regierung in Clemenceau nach London gekommen, um mit dem Premierminister, dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und anderen britischen Ministern eine Konferenz über verschiedene Fragen, die Frankreich und England betreffen, abzuhalten. Da viele dieser Fragen finanzieller und volkswirtschaftlicher Natur sind, wohnte der Konferenz auch Minister Scialoja bei. Der Premierminister benutzte die Anwesenheit Scialoja in London zu einem Gedankenaustausch über die adriatische Frage, dem auch der amerikanische Botschafter bewohnte. An der Konferenz über die russische Frage nahm auch der japanische Botschafter teil. Auf der Konferenz wurden außerdem mehrere internationale Fragen besprochen, besonders die des Friedens mit der Türkei. Die Konferenz reichte sich durch außergewöhnliche Beschränktheit aus. Über alle Fragen wurde vollständige Übereinkunft erzielt. Die dreitägige Zusammenkunft hat ergeben, daß zwischen den Alliierten vollkommene Solidarität herrscht.“

London, 14. Dezember. (D. Z. B.)

Der nach dem Beschuß der Downingstreet-Konferenz zu bildende neue Rat wird aus folgenden zehn Mitgliedern bestehen: Lloyd George, Curzon, Balfour, Chamberlain für England, Clemenceau, Cambon, Bouchard und der französische Botschafter in London für Frankreich, der italienische Außenminister Scialoja und der katholische Botschafter in London für Italien.

Paris, 14. Dezember. (D. Z. B.)

Gauerwein meint im „Matin“, die englische Regierung wolle zwei Kreditverhandlungen durch englische Banken beginnen, doch würden sie die Lage des französischen Kurses nur wenig verbessern können. Die Frage einer in England unterzubringenden französischen Einheit werde „mit Wohlwollen geprägt“. Der Berichterstatter des „Journal“ glaubt, man studiere in den mächtigsten Kreisen die Frage, ob es nicht möglich wäre, Massaien und Rohstoffe für die Wiederaufrichtung der französischen Industrie in England gegen langfristige Wechsel, die etwa 8 bis 10 Jahre laufen, unter Bürgschaft der französischen Regierung oder der Bank von Frankreich zu kaufen. Hierdurch hoffe man den Wechselseitigkeit Frankreichs verbessern zu können.

Was die rein politischen Fragen betrifft, so erklärt der „Welt Parisien“, man habe von einem großen europäischen Verbund zwischen Frankreich, England, Italien und Belgien gesprochen. Das Blatt glaubt, daß man den Plan überziehen habe. Belgien habe niemals den Wunsch geäußert, in eine derartige Allianz einzutreten. Der italienische Ministerpräsident Ratti habe in der italienischen Kammer erklärt, daß die italienische Regierung jeden Allianzvertrag ablehne. Es blieben also nur England und Frankreich, und es wäre möglich, daß sie militärische Maßnahmen für den Fall verabredet hätten, daß der Untreit treten des Friedensvertrages von deutscher Seite drohen würde in den Weg gestellt würden.

Was die russische Frage anbelange, so erklärt Gauerwein, daß zu deren Befreiung auch der japanische Botschafter in London ausgenommen wurde. Das Ergebnis der Beratungen sei gewesen, daß die Alliierten nicht mit den Bolschewisten verhandeln wollten, daß sie aber auch die Anti-Bolschewisten nicht unterstützen, sondern nur ermutigen wollten. Diese Politik werde in Kürze durch eine amtliche Mitteilung zur Kenntnis gebracht werden. Die russische Frage könne, wenn Amerika sich nicht durch einen Sonnenschirm vertreten lasse, ohn Amerika behandelt werden, denn die englische und französische Regierung betrachten die Rückung des Schiffs der Sowjet für eilig.

In einem Leitartikel beschäftigt sich der „Temps“ mit der mitteleuropäischen Frage, die erstaunlicherweise nicht unter den Fragen genannt sei, die Clemenceau und Lloyd George in London verhandelt hätten. Die Frage werde eilig. Als Deutsch-

land sich Sicherheit glaubte, hätte es den Plan eines Mitteleuropas entworfen. Seitdem die Alliierten Sieger seien, müßten sie wissen, wie sie den Frieden in Mittel Europa sicherstellen wollten, oder die Frage würde eines Tages wieder auftreten, vielleicht früher als man denkt. Die Errichtung der österreichisch-ungarischen Monarchie hätte die Fragen, die sich in Mittel-Europa erhoben, noch schwieriger gemacht. Jedes ehemals habsburgische Land strebe jetzt nach anderer Richtung und zeige neue Kräfte in Bewegung. Nur die Ungarn schienen keine Pläne zu haben. „Temps“ willt den Ungarn ihre neuen monarchistischen Neigungen, ihren Glauben an die Unterstützung Englands und ihre Hoffnung vor, Budapest werde der Mittelpunkt des weiblichen Einflusses in dem künftigen Mittel-Europa werden. So würden sie die Österreicher, Südböhmen und Tschechoslowaken beeindrucken.

„Kein greifbares Ergebnis“.

Drahtmeldung der „Weltlichen Zeitung“.

in London, 14. Dezember

Den heutigen Londoner Besuch der italienischen Presse abfolge haben die Londoner Vorrednungen kein greifbares Ergebnis gezeigt. Es hätten nur vorbereitende Arbeiten Rathaburgen, denen die bald weitere Verhandlungen in Paris folgen sollen. An diesen werde auch der italienische Ministerpräsident teilnehmen. Zum Schluß soll dann wieder in London eine Konferenz abgehalten werden. Als bemerkenswert wird erwähnt, daß Amerika von Seiten der drei in London vertretenen Mächte mitgeteilt wurde, es werde seitens der Verbündeten gegen die Vorbehalt des amerikanischen Senates kein Einwand erhoben werden und man erwarte einen mit Vollmacht ausgestatteten Vertreter der Vereinigten Staaten als Teilnehmer an den weiteren Verhandlungen. Begünstigt der Lösung des Adria-Problems sei an Italien das Erleben gerichtet worden, neu zu gestanden, an amerikanische Zustimmung zu machen. Minister Scialoja ist bereits aus London abgereist, während Clemenceau am Sonntag nach Paris zurückkehren wird.

Ein Beitrag des „Corriere della Sera“ wendet sich gegen die Besetzung Italiens an einem englisch-lateinischen Bündnis, das gegen Deutschland errichtet sein soll. Italiens Befestigung sei von Deutschland eigentlich nicht bedroht, sondern viel eher von einem Donaubund, dessen Bildung England und Frankreich befürchten. Für Italien gäbe es nur ein Mittel gegen die Gefahr eines Donaubundes: Die Vereinigung Deutschstreichs mit Deutschland durch die Nichterteilung des Artikels 80 des Verfaßter Vertrages. Für die Möglichkeit eines deutschen Angriffs über genügt die Bestimmungen des Bündebundes.

Die deutsche Antwortnote in Paris.

Drahtmeldung

Paris, 14. Dezember. (D. Z. B.)

Die Haushaltungnote soll mit Die Antwort der deutschen Regierung auf die leise Note der Entente ist der deutschen Delegation in Paris zugegangen. Die Entgegennahme und Übersetzung einige Zeit in Abstand nehmen werden, wird die Antwort wahrscheinlich nicht vor Montag morgen dem Generalsekretariat der Friedenskonferenz überreicht werden.

Freigabe österreichischer Kriegsgefangenen in Frankreich.

Drahtmeldung

Paris, 14. Dezember. (D. Z. B.)

Der österreichische Vertreter in Paris hat in einer Note vom 8. Dezember bei der französischen Regierung die Befreiung der österreichischen Kriegsgefangenen erbeten. In einer zwei Tage später datierten Note teilte der französische Ministerpräsident mit, daß die Befreiung entschieden habe, diese Maßnahme zu Gunsten der österreichischen Gefangenen zu treffen, und ihre Befreiung noch vor Inkrafttreten des Friedensvertrages zu genehmigen. Den französischen Bedörfern wurden Anweisungen erteilt, die Befreiung der Kriegsgefangenen so rasch wie möglich zu beginnen.

Aktive Außenpolitik.

Von

Georg Bernhard.

Ein aus München kommender Delegierter hat auf dem Demokratischen Parteitag seine Bewunderung darüber ausgesprochen, daß auf der Tagesordnung kein Referat über die auswärtige Politik gesetzt worden sei. Er fügte hinzu: „Der Parteitag höre über viele lebenswichtige Dinge nicht nicht als der Aussichtsort einer Allgemeinheit.“ Der Abgeordnete Gothein erwiderte ihm, daß ein besiegt Volk keine aktive Außenpolitik treiben könne. Das sond der Parteitag anscheinend ganz in der Ordnung. Niemand stand auf und fragte Herrn Gothein, wornen denn eigentlich die Akteure jener Politik bestanden habe, die er getrieben oder empfohlen hat, bevor Deutschland besiegt war. Gerade die Politiker Gotheins Färbung haben sich vor und während des Krieges in fruchtlosester Art er schöpft und bei allen Verdiensten, die Herr Gothein selbst zweifellos auf anderen Gebieten der Gesetzgebung sich erworben hat, hat er immer verfeindungslos einer wirklich diplomatischen, außenpolitischen Betätigung gegenüber gehalten.

Es gibt viele Gotheins in Deutschland. Der frühere Reichsminister stellt einen deutschen Typus dar, und die Gefahr der stumpfen Resignation, die von diesen Freunden jeder Übernahme ausgeht, macht es nötig, einmal die Gründe aufzurollen: Ist es denn wahr, daß ein besiegtes Volk keine aktive Außenpolitik treiben kann? zunächst: Was ist überhaupt aktive Außenpolitik? Aktiv ist eine Politik, die rechtzeitig die wichtigen Lebensnormen und Ziele eines Volkes erkennt, die in einer gerechten Situation gemeinsam werden müssen, und die dem Ziel der Erziehung dieser Notwendigkeiten mit den der Situation am besten angepaßten Mitteln zu tritt. Aktiv ist eine Politik, die handelt und sich nicht treiben läßt. Es ist ein weit verbreiterter Irrtum, daß ein Volk zu irgend einer Zeit in einer Lage sein könnte, in der es überhaupt keine Möglichkeit des Handelns mehr gibt. Deshalb kann auch der Sieger (ja, es muß es sogar mehr noch als der Sieger) aktiv sein. Solche aktive und zielbewußte Politik hat nicht das mindeste mit einer grosssprachlichen, duften Geste zu tun. Man kann dauernd mit der Hand auf den Rücken schlagen und fortgesetzt von der gepaarten Faust sprechen und braucht deshalb noch nicht die mindeste Aktivität zu entwideln. Die deutsche Politik vor dem Kriege ist eine Politik der großen Worte gewesen. Das Ausland hat geglaubt, daß hinter den tönen Phrasen sich unbedingt Handlungen verbirgen müßten. Über diese Handlungen fehlten jedoch. Von irgend einer ziellosen offenen Politik war damals nicht die Rede. Doch selbst diejenigen, die diese frühere Dekoration einer Politik nicht mit ihrem Inhalt verwechseln, identifizieren doch nur zu leicht aktive Politik mit Machtpolitik. Beides hat gar nichts miteinander zu tun. Die Macht ist nur eines der vielen Mittel, beren sich die Politik bedienen kann. Und derselbe Politiker wird, selbst wenn er das gleiche Ziel vor Augen hat, ganz verschiedene handeln müssen, je nachdem, ob der Staat, den er vertritt, Macht besitzt, oder ob er machtlos ist und besiegt um Bogen liegt.

Das Verständnis, das nötig ist, um diesen Unterschied zu erkennen, ist leider im deutschen Volk nicht allzu sehr verbreitet. Die öffentliche Meinung in Deutschland ist nur allzu sehr geneigt, jede Politik mit überheblichen Eindrücken zu beladen. Sie kennen nur zwei Grundfürbungen „alldeutisch“ und „vaterlandslos“. Für alldeutisch gilt während des Krieges jede Politik, die, nachdem einmal der Kampf entbrannt war, die vollauf Einsieg der Macht verlangte, um so einem verständigen Frieden zu kommen. Ebenso wie man vorher als alldeutisch eine Politik beschimpft, die die beste Sicherung des Friedens in der Wahrung der deutschen Macht sah. Es soll jetzt nicht darüber gestritten werden, woran es lag, daß die deutsche Macht in Trümmer ging. Die Tatfrage, daß Deutschland jetzt machtlos ist, steht seit. Trotz der völlig veränderten Verhältnisse werden nunmehr über gerade diejenigen, die sich gar nicht genug davon tun können, auf die Machtpolitik des alten Systems zu stöppeln genau die gleichen Formen der Politik an, die den Machtpolitikern eigent waren. Nur, daß inzwischen diese Mittel vollkommen zur Farce geworden sind, weil eben die Requisiten der Macht abhanden kommen. Ist es denn etwas anderes, als eine Nachahmung der alten Machtpolitik, wenn das den Geistigen völlig wehrlos ausgesetzte Deutschland fortgesetzt eine Politik des „Unannehmbaren“ treibt? Und trotzdem läuft sich das Volk von jenen Leuten blenden, die noch wie vor mit großer Faust auf den Tisch schlagen, Unklarede halten und Vorwürfen stellen, wo es lediglich doch gilt, Forderungen, die an sie und ihr Land gestellt sind, zu erfüllen. Wer voll ernster Sorge auf diesen wirklichen Zustand der internationalen Machtpolitik hindeutet, sieht sich leicht den Vorwurf der schwanken Politik zu. In Wirklichkeit aber ist eine solche Politik aktiv, weil sie nach Mitteln sucht, die der Zeitlage